Winkeladvokatur – Arzthaftungsrecht polarisiert Rechtsanwälte

Gynäkologie 2014 · 47:464–464
DOI 10.1007/s00129-014-3398-9
© Springer-Verlag
Berlin Heidelberg 2014

Anmerkungen zu BVerfG,
Beschl. v. 2.7.2013 – 1 BvR
1751/12 (MedR 2014, 97)

Arzthaftungsrecht ist – obgleich Zivilrecht – ein überaus „politisches Rechtsgebiet“, auf dem engagiert gestritten wird. Die zuweilen anzutreffende Heftigkeit der Auseinandersetzungen begründet sich aus einer Lagerkonstellation: Einerseits die von den Haftpflichtversicherern der Ärzte und Kliniken immer wieder rekrutierten Fachkanzleien, die mit hoher Routine arbeiten und ihren Auftraggebern damit gerne durch Erfolge gefallen möchten. Ein gutes Verhältnis zu Versicherungsgesellschaften bedingt schließlich ein regelmäßiges und komfortables Einkommen. Andererseits die mit dem persönlichen Leid der Mandanten konfrontierten Patientenanwälte. Auch wenn es vordergründig mit den Klageanträgen zwar „nur um Geld“ gehen mag, steht im Hintergrund jedoch fast immer auch eine missglückte Behandlungsbeziehung. Solche Ausgangskoordinaten illustrieren ein „Schlachtfeld“, auf dem der Feststellungsantrag auf Schadensersatz im späteren gerichtlichen Verfahren zum Verdikt überhöht wird. Der Arzt sieht sich durch die Fehlvorwürfe in seiner beruflichen Ehre angegriffen, was er sich unter keinen Umständen bieten lassen möchte. Zwei emotionalisierte Lager prallen aufeinander und wird dieser Konflikt sodann im starren Korsett eines Zivilverfahrens ausgetragen, ohne den Versuch einer Klärung der persönlichen Verhältnisse voranzustellen, greift die Heftigkeit des Streits zuweilen auch auf die Prozessbe-

vollmächtigten über, wovon ein Verfahren handelt, das bis vor dem Bundesverfassungsgericht landete.

In einem Arzthaftungsprozess verklagte eine Hausärztin als Patientin mehrerer vor- und nachbehandelnde Zahnärzte als Gesamtschuldner. Auf Beklagtenseite bestellte sich eine Kanzlei für mehrere der beklagten Zahnärzte. Dies bedingt für Rechtsanwälte stets die Gefahr einer Interessenkollision (§ 43 a Abs. 4 BRAO), jedenfalls solange der streitige Sachverhalt, der sich hier über mehrere Jahre hinzog, durch Gutachter nicht abschließend aufgeklärt war. Dieser mehrfachvertretende Prozessbevollmächtigte hielt der Klägerin schriftsätzlich schließlich vor, die Erweichung ihres Kieferknochens, in dem die streitgegenständlichen Implantate keinen Halt finden konnten, wäre als Nebenwirkung eines übermäßigen Psychopharmakakonsums zu erklären: Eine offensichtliche Verbalinjurie gegen die Ärztin, die nur in das Gewand eines formal-sachlichen Vortrages eingekleidet worden war. Sie führte im Weiteren zu einem scharf formulierten Schlagabtausch der gegnerischen Anwaltslager, wobei der Patientenvertreter mit dem Vorwurf von „Winkeladvokatur“ konterte, worauf wiederum der so adressierte Zahnarztanwalt wegen angeblicher Beleidigung (wer hatte angefangen?) Unterlassungsklage zum Landgericht erhob.

Vermehrt musste sich die Rechtsprechung in den letzten Jahren bereits der Frage zuwenden, in wie weit Äußerungen von Parteien und Parteivertretern in den Medien und vor Ge-

© Erwin Wodicka/panthermedia.net

▲ Vordergründig geht es meist „nur um Geld“, im Hintergrund steht jedoch fast immer eine missglückte Behandlung

richt isoliert quasinegatorischen Unterlassungsansprüchen aus §§ 1004, 823 BGB i.V.m. dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht zugänglich sein können. Diese Konstellation hingegen war neu und führte nach zwei stattgebenden Entscheidungen des Landgerichts Köln (Az. 5 O 344/10) und Oberlandesgerichts Köln (Az. 16 U 184/11) schließlich zu einem Spruch des Bundesverfassungsgerichts, welches getreu seiner traditionellen Rechtsprechungslinie zu Art. 5 Abs. 1 GG (vgl. BVerfG NJW 2009, 316: „durchgeknallter Staatsanwalt“) klargestellt hat, dass Unterlassungsansprüche – anders als die Vorinstanzen meinten – nicht als Instrument zur Durchsetzung allgemeiner Höflichkeitsformen erhalten dürfen und die Win-

keladvokatenäußerung unter dem Schutz der Meinungsfreiheit stehe. Nach Zurückweisung an das Landgericht Köln hat der Kläger die Unterlassungsforderung daher fallen gelassen.

Fazit

Auch gegen scharfe Erwiderungen in einem Gerichtsverfahren greift der Schutz der Meinungsfreiheit, wobei unsachlicher Vortrag jedoch stets vermieden werden sollte, da er die Gefahr begründet, die Richter gegen sich aufzubringen.

RA Dr. M. Riemer

Fachanwalt für Versicherungs- und Medizinrecht,
Pingsdorfer Str. 89,
50321 Brühl,
info@dr-riemer.de

Infobox Lesetipp

Weitere interessante Beiträge aus der Zeitschrift *MedR Medizinrecht*, Ausgabe 02/2014 finden Sie unter dem folgenden Link:
<http://link.springer.com/journal/350/30/9/page/1>

◀ Oder gehen Sie mit Ihrem Smartphone direkt auf die Homepage der Zeitschrift *MedR Medizinrecht*!